

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

14.09.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Kommunalverfassung, Ratsbüro

Schriftführung

Dennis Zach

Telefon-Nr.

02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Sitzung am Dienstag, 08.09.2015

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:04 Uhr - 18:39 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.06.2015 - öffentlicher Teil
0277/2015**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2014
0316/2015**
- 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2015
0317/2015**

- 7 **Feststellung Jahresabschluss 2014 für das Abwasserwerk**
0289/2015
- 8 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
für den Jahresabschluss 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasser-
werk der Stadt Bergisch Gladbach"**
0308/2015
- 9 **Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
"Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
0335/2015
- 10 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr
für den Jahresabschluss 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobi-
lienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
0306/2015
- 11 **Wirtschaftsplan 2015 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**
0313/2015
- 12 **Änderungen der "Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kin-
dertagespflege" zum 01.08.2015**
0250/2015
- 13 **Fahrzeugbeschaffungen für die Feuerwehr Bergisch Gladbach**
0244/2015
- 14 **Zivilschutz in Bergisch Gladbach - Warnung der Bevölkerung**
0287/2015
- 15 **Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 30.06.2015**
0343/2015
- 16 **Einwohnerfragestunde**
0273/2015
- 17 **Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach**
0307/2015
- 18 **Schenkung einer Skulptur der israelischen Partnerstadt Ganey Tikva an Bergisch
Gladbach**
0302/2015
- 19 **Annahme einer Schenkung**
0354/2015
- 20 **Entsendung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Seniorenbeira-
tes in den Jugendhilfeausschuss**
0153/2015/1
- 21 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

22 Anträge der Fraktionen

22.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung/Abänderung von Beschlüssen zur Einrichtung eines zentralen Wertstoffhofes
0355/2015

22.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung von Beschlüssen zum Bau eines unterirdischen Regenrückhaltebeckens unter der Schnabelsmühle
0356/2015

22.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung des Beschlusses zum Bau eines Kreisverkehrsplatzes an der Schnabelsmühle
0357/2015

22.4 Antrag aller im Rat vertretenen Fraktionen und zweier Ratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit (eingegangen am 07.09.2015) zum Beschluss eines Schreibens zur "Bergisch Gladbacher Bürgerpetition zur Flüchtlingsaufnahme"

23 Anfragen der Ratsmitglieder

23.1 Schriftliche Anfragen

23.1.1 Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 30.06.2015 (eingegangen am 30.06.2015) zur Thematik "Schulangebot für Kinder im Grundschulalter in Bensberg"
0255/2015

23.1.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 17.08.2015 (eingegangen am 17.08.2015) zur Thematik "Anschluss- und Benutzungszwang bei Niederschlagswasser"
0338/2015

23.2 Mündliche Anfragen

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.06.2015 - nicht öffentlicher Teil**
0276/2015
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5 Übernahme einer Bürgschaft**
0318/2015
- 6 Übernahme einer Bürgschaft**
0344/2015
- 7 Ehrungen mit der Ehrennadel in Gold, der Ehrennadel in Silber und der Ehrennadel nach der städtischen Ehrungssatzung**
0248/2015
- 8 Anträge der Fraktionen**
- 9 Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung begrüßt Herr Urbach Herrn Santillán als neues Ratsmitglied. Herr Tomás M. Santillán ist mit Wirkung vom 02.09.2015 als Nachfolger von Frau Henkel Mitglied des Rates geworden. Diese hatte ihr Mandat mit Ablauf des 21.08.2015 niedergelegt. Herr Urbach dankt Frau Henkel im Namen des Rates und der Bürgerschaft für die von ihr im Rat geleistete Arbeit.

Herr Santillán wird von Herrn Urbach gemäß § 67 Absatz 3 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Santillán leistet dazu den nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 GO NRW (alte Fassung) vorgesehenen Eid mit den folgenden Worten: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Sodann eröffnet Herr Urbach um 17:04 Uhr die 8. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der neunten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Frau Bähner, Frau Meinhardt, Herr Steinbüchel (alle Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Herr Kühl, Herr Renneberg (beide CDU-Fraktion) und Herr Galley (SPD-Fraktion) entschuldigt. Herr Orth (SPD-Fraktion) ist ab 17:06, Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) ab 17:07 Uhr, Herr Henkel (CDU-Fraktion) ab 17:09 Uhr, Herr Buchen (CDU-Fraktion) ab 17:17 Uhr und Frau Nasshoven-Kroelling ab 17:20 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung sind Herr Mumdey, Frau Sprenger und Frau Fahner entschuldigt. Als Vertretung des Rechnungsprüfungsamtes ist Herr Francois anwesend.

Herr Urbach benennt die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 26.08.2015 mit den dazugehörigen Vorlagen und der Anlage zur Tagesordnung sowie
- die Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des JHA am 27.08.2015, des AUKIV am 02.09.2015 sowie des HFA am 03.09.2015.

Zudem liegen als Tischvorlagen vor:

- eine ergänzende Unterlage zu TOP Ö 13 – Fahrzeugbeschaffungen für die Feuerwehr, die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss zur heutigen Ratssitzung erbeten worden sei. Diese Unterlage sei trotz des öffentlichen Tagesordnungspunktes nicht öffentlich zu behandeln, da sie Kalkulationsgrundlagen der EBGL preisgebe.
- Ein gemeinsamer Antrag aller im Rat vertretenen Fraktionen und zweier Ratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit (eingegangen am 07.09.2015) zum Beschluss eines Schreibens zur „Bergisch Gladbacher Bürgerpetition zur Flüchtlingsaufnahme“. Hierzu sei im Vorfeld der Sitzung noch ein Ergänzungsantrag des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae eingegangen, welcher an die Ratsmitglieder verteilt worden sei.

Die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erbetene zusätzliche Information zu TOP Ö 14, Zivilschutz – Warnung der Bevölkerung, werde Herr Widdenhöfer unter diesem Punkt mündlich vortragen.

Zudem bittet Herr Urbach die Antragsteller, die äußerste Dringlichkeit als Voraussetzung für eine Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag zur Bürgerpetition zu begründen.

Herr Waldschmidt erklärt, dass sich über 3.000 Bürgerinnen und Bürger an der Petition zum Bleiberecht der Flüchtlinge beteiligt haben. Trotzdem drohe den in Sand untergebrachten Flüchtlingen jederzeit die Zuweisung in eine andere Kommune. Dies solle den Flüchtlingen nicht zugemutet werden. Auch solle dem Engagement der Bürgerschaft mit einem klaren Bekenntnis des Rates Anerkennung verliehen werden. Der Antrag solle ein Signal an die Bundes- und Landesregierung sein. Auch die Bürgerversammlungen haben bestätigt, dass Bergisch Gladbach die Flüchtlinge willkommen heiße. Der Respekt gebühre aber auch den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche die Herausforderungen der aktuellen Situation bewältigt und dabei die Grenzen der Belastbarkeit ausgeschöpft haben. All jenen solle gedankt werden.

Herr Urbach zeigt sich hierüber erfreut und bittet, den Dank weiterzugeben.

Sodann stellt Herr Urbach den Antrag, die Tagesordnung aus Gründen äußerster Dringlichkeit zu erweitern, zur Abstimmung und schlägt vor, die Vorlage als TOP Ö 22.4 in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen und unter diesem TOP auch den Ergänzungsantrag Herrn Samirae zu beraten.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 08.09.2015 wird aus Gründen äußerster Dringlichkeit um die Vorlage Nr. 0370/2015 erweitert, die als Tagesordnungspunkt Ö 22.4 unter TOP Ö 22 – Anträge der Fraktionen – in die Tagesordnung aufgenommen wird. Unter diesem Tagesordnungspunkt wird auch der Ergänzungsantrag Herrn Samirae beraten.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Urbach teilt mit, dass eine schriftliche Anmerkung zum nicht öffentlichen Teil der Niederschrift seitens Herrn Krell vorliege. Diese werde unter TOP N 1 im nicht öffentlichen Sitzungsteil behandelt.

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 23.06.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.06.2015 - öffentlicher Teil 0277/2015

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu den Mitgliedschaften der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Urbach teilt mit, dass im Sommer die Organe der Vereinigung der örtlichen Rechnungsprüfungen (VERPA) und des Instituts der Rechnungsprüfer (IDR) die Fusion der beiden Vereine be-

geschlossen haben. In beiden Vereinen werde die Stadt durch die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes vertreten. Sobald die Fusion durch Eintragung in den Vereinsregistern abgeschlossen und die Stadt darüber informiert worden sei, werde das Verzeichnis im Anhang zum Ortsrecht entsprechend geändert. In diesem Zusammenhang sei betreffend die Nachbesetzung der Stelle der Leitung des Rechnungsprüfungsamtes zu erwähnen, dass die Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre durch die Aufsichtsbehörde vorliege. Die Stelle werde in Kürze nach Beteiligung des Personalrates verwaltungsintern ausgeschrieben.

Mitteilung zur Beratung von Anregungen zu TTIP und CETA

Herr Urbach führt an, dass die vom AAB an den Rat überwiesenen Anregungen zu TTIP und CETA nicht in Vergessenheit geraten seien. Die Verwaltung habe allerdings die Vorbereitung einer Vorlage für den Rat noch nicht abschließend bearbeiten können, weshalb noch etwas Geduld erbeten werde.

Mitteilung zur Flüchtlingssituation

Herr Urbach erklärt, dass die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge rasant steigen. Allein in diesem Monat habe die Stadt Bergisch Gladbach bisher 74 Zuweisungen erhalten. Dies stelle eine enorme Herausforderung dar, weshalb vor einiger Zeit eine verwaltungsinterne Task Force eingerichtet worden sei. Innerhalb der Task Force gebe es eine Gruppe, welche die eingehenden Vorschläge für Möglichkeiten der Flüchtlingsunterbringung prüfe, und eine zweite Gruppe, welche die Gegebenheiten vor Ort untersuche. Aufgrund der Sachlage müssen kurzfristige Entscheidungen getroffen werden, wie es bei Haus Pohle in Schildgen der Fall gewesen sei. Im Laufe der Woche werde dort bereits mit der Belegung begonnen, da im Laufe der Woche 20 Neuankömmlinge in Bergisch Gladbach erwartet werden. Derzeit werde auch über Containerdörfer diskutiert, wobei diese einen zeitlichen Vorlauf benötigen. Es gebe hierzu bereits Gespräche mit entsprechenden Herstellern, um Kontingente abrufbar zu machen und Rahmenverträge auszuhandeln. Dies geschehe auch vor dem Hintergrund, dass sich die Zahl der Flüchtlinge in nächster Zeit womöglich sogar erhöhen werde. Es laufen auch Gespräche mit Lieferanten von Leichtbauhallen. Bis diese allerdings verfügbar seien, sei die Nutzung beheizbarer Zelte wohl unausweichlich. Sofern geeignete Immobilien gesichtet werden, bittet er, dies der Verwaltung mitzuteilen. Eine Situation, wie die derzeit vorherrschende, sei einzigartig. Zwar seien die Zahlen aus den 90ern vergleichbar, jedoch nicht die rasante Geschwindigkeit mit der neue Flüchtlinge ankommen. Die Verwaltung stehe vor einer enormen Herausforderung, weshalb lobende Worte – wie die von Herrn Waldschmidt – gerne aufgenommen und weitergegeben werden. Auch die inhaltliche Unterstützung durch den Antrag sei dankenswert.

5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2014 **0316/2015**

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2015 **0317/2015**

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. sowie der beiden fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung des Haushaltsjahres 2015 in Höhe von 138.000,00 € wird gemäß § 83 Abs. 2 GO NW erteilt.**
- 2. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr 2015 genehmigten überplanmäßigen Aufwendung in Höhe von 148.372,00 € und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 498.372,00 € werden gem. § 83 Abs. 2 GO NW zur Kenntnis gegeben.**

7. **Feststellung Jahresabschluss 2014 für das Abwasserwerk**
0289/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 3 EigVO die Bilanz zum 31.12.2014 in
Aktiva und Passiva mit 221.184.312,37 €
die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresüberschuss von 9.938.352,45 €
fest
2. und nimmt gemäß § 26 Abs. 3 EigVO den Lagebericht 2014 zur Kenntnis.
3. Der Jahresüberschuss 2014 wird
 - a) in Höhe von 4.138.352,45 € gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für
allgemeine Zwecke zugeführt
 - b) in Höhe von 5.800.000,00 € an den städtischen Haushalt abgeführt.

8. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung**
"Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"
0308/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“.

9. **Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung**
"Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0335/2015

Herr Samirae erklärt, dass im Darlehensnachweis Darlehen aufgeführt seien, denen teilweise keine Derivate zur Absicherung gegenüberstehen. Es sei demnach zu klären, ob hier Zinsswaps gekauft worden seien oder ob es sich um einen Fehler handle. Sofern dies nicht heute geklärt werden könne, **beantragt** er die Vertagung der Vorlage.

Herr Schäfer antwortet, es wäre hilfreich gewesen, wenn die Frage im Vorfeld der Sitzung gestellt worden wäre, da die Verträge in der Sitzung nicht vorliegen. Eine sofortige Aufklärung sei demzufolge nicht möglich.

Herr Samirae bittet um schriftliche Darstellung der Daten. Er könne der Vorlage unter diesen Umständen nicht zustimmen.

Auf entsprechende Frage Herrn Urbachs meldet sich kein Ratsmitglied, das noch zur Sache sprechen möchte. Auch meldet sich kein Ratsmitglied, um für oder gegen den Geschäftsordnungsantrag zu sprechen.

Herr Urbach stellt den Vertagungsantrag Herrn Samirae zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die Fraktion DIE LINKE. sowie das fraktionslose Ratsmitglied Herr Samirae. Gegen den Antrag stimmen die übrigen Mitglieder des Rates. Somit wird der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Urbach die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei einer Enthaltung aus den Reihen der ALFA-Fraktion sowie bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2014 in
Aktiva und Passiva mit 311.563.401,04 €
sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresfehlbetrag von 650.223,24 €
fest und nimmt
2. gemäß § 26 Abs. 3 EigVO den Lagebericht 2014 zur Kenntnis.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 650.223,24 € wird gemäß § 10 Abs. 6 EigVO NRW auf neue Rechnung vorgetragen.

10. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0306/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“.

11. Wirtschaftsplan 2015 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
0313/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae, Herrn Santillán und Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Die Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) stellte, vorbehaltlich eines Weisungsbeschlusses des Rates am 08.09.2015, den Wirtschaftsplan 2015 der EBGL nach § 9 des Gesellschaftsvertrages fest. Der von der Gesellschafterversammlung getroffene Beschluss wird wie folgt gebilligt:

Die von der Gesellschafterversammlung der EBGL durchgeführte Feststellung des Wirtschaftsplanes 2015 wird hiermit gebilligt und eine entsprechende Weisung i.S. § 113 (1) GO NRW erteilt.

12. Änderungen der "Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege" zum 01.08.2015
0250/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Santillán bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Schütz folgenden **Beschluss**:

Den Änderungen der Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung der Kindertagespflege wird zugestimmt. Die Änderungen treten, bis auf das veränderte Antragsverfahren, das zum 01.10.2015 in Kraft tritt, rückwirkend zum 01.08.2015 in Kraft.

13. Fahrzeugbeschaffungen für die Feuerwehr Bergisch Gladbach
0244/2015

Herr Urbach führt an, dass in der heutigen Sitzung des Rates nur über Ziffer 2 der Beschlussvorlage abgestimmt werde, da Ziffer 1 in der Beschlusskompetenz des Haupt- und Finanzausschusses gelegen habe.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Rat sichert eine entsprechende Mittelbereitstellung in den Folgejahren zu.

14. Zivilschutz in Bergisch Gladbach - Warnung der Bevölkerung
0287/2015

Herr Urbach führt an, dass in der heutigen Sitzung des Rates nur über Ziffer 2 der Beschlussvorlage abgestimmt werde, da Ziffer 1 in der Beschlusskompetenz des Haupt- und Finanzausschusses gelegen habe.

Herr Außendorf bedauert, dass die im Haupt- und Finanzausschusses angesprochene Gegenüberstellung von alternativen Warnmöglichkeiten nicht ausgefertigt worden sei. Er habe selbst recherchiert und sei dabei auf eine Bachelorarbeit gestoßen, welche dieses Thema näher beleuchte. Dabei seien auch Nachteile der Sirenentechnik genannt worden. Diese seien – neben den Kosten – u.a. die mangelnde Durchdringung bei Nacht in modern gedämmten Häusern. Auch seien in jener Arbeit Alternativlösungen sowie Maßnahmen verschiedener Kommunen dargestellt. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN könne der Vorlage daher nicht zustimmen und werde sich enthalten.

Herr Urbach bittet Herrn Widdenhöfer, die Beantwortung der offenen Anfragen aus dem Haupt- und Finanzausschuss - die Darstellung der Betriebs- und Wartungskosten der Sirenen - vorzutragen.

Herr Widdenhöfer entgegnet zunächst auf die Anmerkungen von Herrn Außendorf, dass die Relevanz einer Bachelorarbeit den Vorgaben des Ministeriums unterzuordnen sei. Das Ministerium habe verlauten lassen, dass ein funktionierendes Sirenensystem das Rückgrat der Warnung der Bevölkerung darstelle. Dies sei auch durch Experten bestätigt worden. Eine Ausarbeitung hierzu sei dahingehend erfolgt, welche Töne für welche Situation genutzt werden sollen. Ebenso solle die Bevölkerung darüber unterrichtet werden, wie entsprechend zu reagieren sei. Sodann verliest er die Antwort

ten auf die Anfrage von Herrn Henkel aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Das Dokument ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Schütz fragt, vor welchem Hintergrund die Reinstallation der Warnanlagen seitens Bund und Land angeordnet worden sei. Da die Techniken in den 90ern abgebaut worden seien, stelle sich die Frage, ob es neue Erkenntnisse gebe, die die erneute Installation rechtfertigen.

Herr Urbach antwortet, dass dies nur seitens des Bundes und des Landes beantwortet werden können.

Herr Widdenhöfer ergänzt, dass nach der Wiedervereinigung verlautet worden sei, dass die Warn-techniken abgebaut werden können, worauf sich der Bund aus der Verantwortung zurückgezogen habe. Nun seien an jenen Stellen andere Erkenntnisse erlangt worden, weshalb das Land die Installation auch finanziell fördere. Neben den Gefahrensituationen in Kriegszuständen gebe es auch potentielle Gefährdungen durch umliegende Chemiefabriken.

Herr Klein kritisiert, dass nur auf die günstigste Lösungsvariante abgezielt werde. Dabei bleibe die Frage außen vor, wie die Bevölkerung am besten erreicht werden könne. Es sei nicht nachvollziehbar, warum ein teurer Rückbau erfolgt sei und die Anlagen nicht sofort durch moderne Warnsysteme ersetzt worden seien. Die Thematik sei undurchsichtig.

Herr Urbach entgegnet, dass die Aussagen Herrn Widdenhöfers in dieser Hinsicht deutlich gewesen seien, wonach das Sirensensystem die beste Warnmethode darstelle. Seitens des Bundes sei nach der Wiedervereinigung kein Bedarf mehr gesehen worden, weshalb auch entsprechende Fördermittel gestrichen worden seien. Nun sei allerdings neues Gefahrenpotential erkannt worden. Auch die Priorisierung der Systeme spreche dafür, da diese vor allem in der Nähe zu den Chemiestandorten aufgebaut werden sollen. Die Thematik sei auch im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich dargestellt worden.

Sodann stellt Herr Urbach die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. sowie bei Enthaltung der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae und Herrn Santillán folgenden **Beschluss**:

Der Rat sichert eine entsprechende Mittelbereitstellung in den Folgejahren zu.

**15. Anhängige Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag
30.06.2015
0343/2015**

Herr Krell fragt, welche überschlägigen Kosten für die Stadt Bergisch Gladbach durch jene Verfahren entstehen und wie hoch die Erfolgsquote der Kläger sei.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung.

Herr Santillán bittet um eine Darstellung, welche Kosten durch die Bearbeitung der Anfrage Herrn Krells entstehen. Die Möglichkeit zu Klagen sei das Recht der Bürgerschaft und der Ratsmitglieder.

Herr Urbach sagt dies ebenso zu.

Der Rat nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

16. Einwohnerfragestunde
0273/2015

Herr Urbach erklärt, dass eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vorliege.

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er seine Fragen selbst vorlesen wolle, was dieser verneint.
Herr Hoffmann schreibt:

In der ehemaligen DDR gab es viele grüne Pfeile an Kreuzungen innerhalb geschlossener Ortschaften. Auch die Stadt Bergisch Gladbach hat Erfahrungen mit dem grünen Pfeil gesammelt.

1. Frage von Herrn Hoffmann:

„Gibt es derzeit eine Kreuzung in Bergisch Gladbach mit grünem Pfeil?“

Antwort der Verwaltung:

„Es gibt aktuell zwei Kreuzungen mit grünem Pfeil im Stadtgebiet. Von der Kaulerstraße auf die Steinstraße, weil dort die Sondersituation der ausfahrenden Linienbusse besteht und an der Ecke Straßen/ Bärbroicher Straße. Für die Zeit der Sperrung der Hauptstraße zwischen Gronauer Mühlenweg und Richard-Zanders-Straße wurde vor kurzem temporär ein grüner Pfeil angebracht.“

2. Frage von Herrn Hoffmann:

„Welche Erfahrungen hat die Stadt Bergisch Gladbach mit dem grünen Pfeil an Kreuzungen im Stadtgebiet gemacht?“

Antwort der Verwaltung:

„In Bergisch Gladbach boten sich bei der Aufnahme des grünen Pfeiles in die StVO nur wenige Stellen dafür an, weil die meisten potentiellen Rechtsabbiegespuren unserer Lichtsignalanlagen zum damaligen Zeitpunkt schon mit einem signalgeregelten Grünpfeil ausgerüstet waren. Die wenigen grünen Pfeile, die angebracht wurden, mussten (bis auf die Ausnahme Kauler Straße) wieder demontiert werden, weil immer wieder Probleme mit Fußgängern beobachtet wurden und das zweimalige Anhalten nicht beachtet wurde.“

3. Frage von Herrn Hoffmann:

„Hat es vom ZDK Vorschläge für neue grüne Pfeile an Kreuzungen in Bergisch Gladbach gegeben?“

Antwort der Verwaltung:

„Mir sind keine Vorschläge des ZDK bekannt. Wenn solche bei der Straßenverkehrsbehörde eingegangen wären, hätte diese kurzfristig das Anhörungsverfahren bei Polizei und Straßenbaulastträger eingeleitet, sodass ich davon ausgehe, dass auch dort keine Anträge vorliegen.“

4. Frage von Herrn Hoffmann:

„Wendet die Stadt Bergisch Gladbach beim grünen Pfeil das kölsche Grundgesetz an (Kenne mer nit – bruche mer nit – fott damit)?“

Antwort der Verwaltung:

„Nein. Das Bergisch Gladbacher Prinzip lautet: „Kennen wir - prüfen wir - wägen wir ab!“ Wenn das dazu führt, dass ein Antrag nicht umgesetzt wird, dann ist das begründet geschehen und nicht aus Unkenntnis.“

5. Frage von Herrn Hoffmann:

„Sieht die Stadt Bergisch Gladbach sich als moderne, innovative Großstadt in Deutschland?“

Antwort der Verwaltung:

„In vielen Punkten: Ja. Der Grüne Pfeil ist aber aus meiner Sicht kein Kriterium für eine Beurteilung von Modernität oder Innovation.“

6. Frage von Herrn Hoffmann:

„War die Initiative der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach für den grünen Pfeil vor einigen Jahren erfolgreich?“

Antwort der Verwaltung:

„Durch die Initiative der FDP wurde sicherlich die Diskussion noch einmal angestoßen, jedoch wurde kein weiterer grüner Pfeil angebracht.“

Herr Urbach fragt Herrn Hoffmann, ob er Zusatzfragen stellen wolle, was Herr Hoffmann verneint.

17. Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach
0307/2015

Herr Buchen teilt mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr die Beratung der Vorlage vertagt habe.

Herr Urbach schlägt vor, dem zu folgen und stellt die Vertagung der Vorlage zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage Nr. 0307/2015 – Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach – wird vertagt.

18. Schenkung einer Skulptur der israelischen Partnerstadt Ganey Tikva an Bergisch Gladbach
0302/2015

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung der Skulptur der israelischen Partnerstadt Ganey Tikva zur Gestaltung des Ganey-Tikva-Platzes in Bergisch Gladbach an der Evangelischen Kirche zum Heilsbrunnen wird angenommen.

Die Stadt Bergisch Gladbach begrüßt die Schenkung der Skulptur an die israelische Partnerstadt Ganey Tikva durch den Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Ganey Tikva – Bergisch Gladbach e.V.

19. Annahme einer Schenkung
0354/2015

Herr Urbach erklärt, dass eine Vorberatung im ABKSS aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen sei, weshalb er vorschläge, auf diese zu verzichten und die Schenkung des Kunstwerks „Umgedrehte Deutschlandfahne“ von Frau Mary Bauermeister anzunehmen.

Herr Dr. Baeumle-Courth führt an, dass ihm die Begründung der Künstlerin zur Fertigung des Kunstwerkes gefallen habe. Er fragt, ob die Darstellung der umgedrehten Deutschlandflagge mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Herr Urbach erklärt, dass kein Grundrechtsverstoß erkennbar sei.

Herr Schütz ergänzt, dass Hissen umgedrehter Flaggen gelte als Notsignal in Krisenzeiten.

Herr Urbach stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Auf eine Beratung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport wird verzichtet. Die Schenkung wird angenommen. Der Schenkenden soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

20. Entsendung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Seniorenbeirates in den Jugendhilfeausschuss
0153/2015/1

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Samirae, Herrn Santillán und Herrn Schütz bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. sowie einer Stimme aus den Reihen der SPD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Entsendung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Seniorenbeirates in den Jugendhilfeausschuss wird abgelehnt.

21. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

Herr Santillán erklärt, dass er von seinem Recht nach § 58 Abs. 1 S.11 GO NRW Gebrauch mache und **beantragt**, der Rat möge ihn zum beratenden Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss wählen.

Herr Urbach bestätigt, dass jedes Ratsmitglied das Recht habe, einem Ausschuss mindestens als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören. Es gebe keine Bedenken, hierüber in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Herr Schütz schließt sich den Ausführungen Herrn Santilláns an und **beantragt**, ebenfalls im Haupt- und Finanzausschuss beratend tätig zu werden.

Herr Urbach macht darauf aufmerksam, dass Herr Schütz aktuell noch stimmberechtigtes Mitglied im Wahlprüfungsausschuss und stellvertretendes Mitglied in zahlreichen anderen Ausschüssen sei, in die er vom Rat auf Vorschlag der AfD-Fraktion gewählt wurde. Er bittet ihn, seinen Rücktritt von diesen Mandaten zu erklären.

Herr Schütz erklärt seinen Rücktritt als ordentliches und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen, in die er auf Vorschlag der ehemaligen AfD-Fraktion gewählt worden sei.

Herr Urbach erklärt, dass insofern ebenso keine Bedenken bestehen, da auch Herr Schütz sein Recht gemäß § 58 Abs. S.11 GO NRW wahrnehme.

Herr Urbach stellt die Anträge von Herrn Santillán und Herrn Schütz zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Herr Santillán wird gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 GO NRW zum beratenden Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses gewählt. Herr Schütz wird gemäß § 58 Absatz 1 Satz 11 GO NRW zum beratenden Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses gewählt.

22. Anträge der Fraktionen

22.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung/Abänderung von Beschlüssen zur Einrichtung eines zentralen Wertstoffhofes 0355/2015

Herr Klein führt an, bei einer Verweisung in den zuständigen Fachausschuss sei die zeitliche Komponente zu bedenken, da die Verträge bis dahin möglicherweise schon unterzeichnet seien. In diesem Fall könne der Intention des Antrags nicht mehr gefolgt werden. Er bittet daher, von einer Verweisung abzusehen, so dass der Rat die Entscheidung in der heutigen Sitzung fälle.

Herr Samirae erklärt, dass es vorliegend um hohe Kosten gehe. Er selbst kenne günstigere Alternativstandorte, welche nicht von der Verwaltung geprüft worden seien. Er schließt sich den Ausführungen Herrn Kleins an.

Herr Urbach erörtert, dass die Thematik in verschiedenen Gremien beraten worden sei und es auch entsprechende Beschlüsse gebe. Auch sei dargelegt worden, dass akuter Handlungsbedarf bestehe. Es gebe nun die Möglichkeit, den Antrag zu verweisen oder einen Beschluss in der heutigen Sitzung zu fassen.

Im Rat herrscht mehrheitliches Einvernehmen, über die Verweisung des Antrags abzustimmen.

Sodann stellt Herr Urbach den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., zwei Stimmen aus den Reihen der ALFA-Fraktion sowie des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und einer Stimme aus den Reihen der ALFA-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

22.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung von Beschlüssen zum Bau eines unterirdischen Regenrückhaltebeckens unter der Schnabelsmühle 0356/2015

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

22.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung des Beschlusses zum Bau eines Kreisverkehrsplatzes an der Schnabelsmühle 0357/2015

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr überwiesen.

22.4. Antrag aller im Rat vertretenen Fraktionen und zweier Ratsmitglieder ohne Fraktionszugehörigkeit (eingegangen am 07.09.2015) zum Beschluss eines Schreibens zur "Bergisch Gladbacher Bürgerpetition zur Flüchtlingsaufnahme"

Herr Urbach bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürger, die sich betreffend diese Thematik engagiert haben. Die Petition gehe teilweise auf ein Schreiben von ihm an den Innenminister zurück, wonach die Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung in Sand bleiben sollen. Er fragt, ob es seitens der Antragssteller den Wunsch gebe, den Antrag näher zu begründen.

Herr Ebert führt aus, dass die gewählte Formulierung über einen gewissen Zeitraum entstanden sei. Er habe die angesprochene Petition gesehen und Sympathie hierfür empfunden. Allerdings würde durch die Umsetzung dieser auch eine Situation entstehen, der das Land Nordrhein-Westfalen nicht zustimmen könne. Dies sei vor allem dadurch zu begründen, dass Instrumente – wie polizeiliche Maßnahmen - genutzt werden, welche im Bereich der großen Einrichtungen eine enorme Bedeutung haben. Dies sei eine unbefriedigende Situation. Die nun gewählte Formulierung sei gewählt worden, um zu zeigen, dass auf die individuelle Bedürfnisse der einzelnen Einrichtungen geachtet werden solle. Auch wenn angewandte Maßnahmen für große Einrichtungen richtig seien, müsse dies nicht zwangsläufig für kleine Einrichtungen gelten. Gerade in kleinen Unterkünften entstehen durch soziale Kontrolle Spielräume, die in größeren Einrichtungen nicht vorhanden seien. Es sei zu betonen, dass die Formulierung knapp gewählt worden sei, da es um die Findung einer Formel gehe, die sowohl das Bürgerinteresse widerspiegele, als auch dem Land Nordrhein-Westfalen Handlungsmöglichkeiten gewähre. Es sei deshalb wichtig, dass die Formulierung nicht mehr geändert werde. Seitens des Landes sei bereits die Rückmeldung erfolgt, dass der Formulierung kaum widersprochen werden könne. In diesem Sinne bittet er darum, die Ergänzung von Herrn Samirae nicht zu berücksichtigen. Über eine Zustimmung zu dem Antrag würde er sich sehr freuen, da es die vornehmste Pflicht der Kommunalpolitiker sei, die Anliegen der Bürgerschaft zu transportieren. Auch die Unterstützung für den Antrag im Rat sei sehr erfreulich.

Herr Urbach dankt Herrn Ebert für die zielführenden Hinweise zum Umgang mit der Thematik. Da der Ergänzungsantrag von Herrn Samirae die Freizügigkeit für alle Flüchtlinge fordere, sei dieser weitergehend. Deshalb werde er diesen primär zur Abstimmung stellen.

Herr Samirae erörtert, dass die Landesverwaltung die Petition zwar gerne umsetzen wolle, dies aber rechtlich nicht tun könne. Die Flüchtlinge dürfen sich nur in einem bestimmten regionalen Umkreis aufhalten, obwohl sie teils Familie in anderen Städten und Gemeinden haben. Deshalb solle die Freizügigkeit der Flüchtlinge erhöht werden. Er bittet deshalb um Zustimmung.

Herr Santillán erklärt, dass das Beispiel in Remscheid zeige, was passieren könne. Die dortigen Flüchtlinge seien mitten in der Nacht nach Dortmund gebracht worden und dann auf andere Unterkünfte verteilt worden. In der gleichen Nacht sei die Unterkunft in Remscheid mit anderen Flüchtlingen erneut belegt worden. Die Materialien der Flüchtlingsunterkünfte werden so teils unbrauchbar, was auch mit hohen Kosten verbunden sei. Schlimmer sei jedoch die damit einhergehende Unsicherheit der in den Unterkünften lebenden Menschen. Dies sei auch der Hauptantrieb zur Einleitung der Petition gewesen, welche mittlerweile über 3.000 Unterschriften gesammelt habe. Es sei erfreulich, dass die Petition von allen Parteien mitgetragen worden sei. Die Formulierung des Antrags solle auch beibehalten werden, da es vorliegend um die Situation betreffend die Erstaufnahme gehe. Die Unterstützer der Petition kommen aus verschiedenen politischen Lagern, wobei Einigkeit über die rechtsstaatliche Umsetzung des Asylverfahrens herrsche. Es sei kontraproduktiv hier weitere Spektren einzubringen.

Herr Urbach stellt den Ergänzungsantrag von Herrn Samirae zur Abstimmung. Für den Ergänzungsantrag stimmt die Fraktion DIE LINKE. sowie das fraktionslose Ratsmitglied Herr Samirae. Gegen den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die ALFA-Fraktion, die FDP-

Fraktion, eine Mitglied aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sowie die fraktionslosen Ratsmitglieder Herr Santillán und Herr Schütz. Damit wird der Antrag bei sechs Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann stellt Herr Urbach den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen sowie der fraktionslosen Ratsmitglieder Herrn Santillán und Herrn Schütz zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Samirae folgenden **Beschluss**:

Auf eine Beratung in den zuständigen Ausschüssen wird verzichtet. Der Antrag wird beschlossen.

23. Anfragen der Ratsmitglieder

23.1. Schriftliche Anfragen

23.1.1. Schriftliche Anfrage des Herrn Samirae vom 30.06.2015 (eingegangen am 30.06.2015) zur Thematik "Schulangebot für Kinder im Grundschulalter in Bensberg" **0255/2015**

Herr Klein moniert, dass die der Vorlage beigefügten Schreiben der EGS Bensberg und des Elternbeirates der OGS Sonnenhaus Bensberg das Problem bezüglich der Unterversorgung der Kinder in einigen Stadtteilen verdeutlichen. Aus den Antworten der Verwaltung gehen keine Lösungsvorschläge hervor. In der nächsten Ratssitzung solle nochmals über die beiden Briefe beraten werden, da im Jugendhilfeausschuss nicht alle Ratsfraktionen vertreten seien.

Herr Urbach verweist Herrn Klein auf die Möglichkeit, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Frau Glamann-Krüger erachtet die Antwort der Verwaltung als unbefriedigend. Die gute Statistik stelle für die betroffenen Eltern keine Hilfe dar, zumal der Bedarf nicht rückläufig sei. Ein Standort mit einem guten Betreuungsangebot und guten Schulen liege im Interesse der Stadt Bergisch Gladbach. Aus der Antwort der Verwaltung gehe hervor, dass die Probleme erkannt worden seien. Jedoch werde nicht deutlich, welche Maßnahmen konkret getroffen werden, um Abhilfe zu schaffen.

Herr Urbach erklärt, dass gemeinsam mit den jeweiligen Trägern an Lösungen gearbeitet werde, um die Platzzahlen zu erweitern. Insbesondere in Bensberg habe es in Zusammenarbeit mit den Eltern eine kurzfristige Lösung gegeben. Es sei davon auszugehen, dass die anstehenden Gespräche mit selbigem Ziel erneut aufgegriffen werden. Oftmals handele es sich um Investitionen, welche in Konkurrenz zu anderen Investitionen stehen. Im Jugendhilfeausschuss könne über den Verlauf der Gespräche berichtet werden.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

23.1.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 17.08.2015 (eingegangen am 17.08.2015) zur Thematik "Anschluss- und Benutzungszwang bei Niederschlagswasser" **0338/2015**

Herr Klein erklärt, dass die Antwort der Verwaltung unzureichend sei. Es sei nicht danach gefragt gewesen, welche Grundstücke nicht angeschlossen seien, sondern, wie viele Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang es dort gebe, wo ein Regenwasserkanal liege.

Herr Urbach sagt eine Antwort unter den im Haupt- und Finanzausschuss aufgezeigten Prämissen zu.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

23.2. Mündliche Anfragen

Frau Münzer: Anmerkung zum Brief bezüglich Beit Jala

Frau Münzer lobt Herrn Urbach bezüglich dessen Briefes an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel zum Mauerbau in Beit Jala. Sie hoffe, dass der Brief Wirkung zeige.

Herr Urbach erklärt, dass er bald nach Beit Jala und Ganey Tikva reisen werde und sich einen Eindruck vor Ort machen werde.

Frau Schundau: Anfrage zu Bäumen im Forumspark und um die Villa Zanders

Frau Schundau führt an, dass es in Bergisch Gladbach den „Arbeitskreis Baum“ gebe. Jener habe der Verwaltung eine Petition überreicht, welche 900 Unterschriften aus der Bürgerschaft umfasse. Sie fragt, wie der Sachstand diesbezüglich sei und was mit den Bäumen im Forumspark und um die Villa Zanders geschehe.

Herr Urbach antwortet, dass die Unterschriftenliste an die zuständige Abteilung mit der Bitte weitergereicht worden sei, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Sofern es möglich sei, durch geringe bauliche Veränderungen Bäume zu retten, solle dies auch geschehen.

Herr Santillán: Anfrage zur Erstaufnahme von Flüchtlingen und Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte

Herr Santillán erklärt, dass Herr Jäger, Innenminister des Landes Nordrhein Westfalen, verlauten habe lassen, dass in den nächsten Tagen allein in Nordrhein-Westfalen knapp 10.000 neue Flüchtlinge erwartet werden. Es sei davon auszugehen, dass auch Bergisch Gladbach neue Erstaufnahmen erhalten werde. Auch nach deren Ankunft sei mit tausenden weiteren Flüchtlingen zu rechnen. Er fragt, ob die Stadt Bergisch Gladbach auf weitere Erstaufnahmen vorbereitet sei und welche Maßnahmen hierfür getroffen werden.

Herr Urbach antwortet, dass die Stadt Bergisch Gladbach darauf vorbereitet sei, dass die Menschen aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Sand ihren Asylantrag stellen und dann auf andere Einrichtungen verteilt werden. Sofern dieser Fall eintrete, sei klar, dass eine Nachbelegung im Rahmen der derzeitigen Kapazität der Einrichtung erfolgen werde. Von einer Erhöhung der Kapazität werde derzeit nicht ausgegangen.

Herr Santillán führt an, dass den Medien zu entnehmen sei, dass es in Deutschland nahezu täglich Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gebe. Auch komme es vermehrt zur gezielten Streuung negativer und unwahrer Gerüchte über Flüchtlinge, um die Bevölkerung zu verunsichern. Er fragt, ob es Maßnahmen der Stadt gebe, um hiergegen vorzugehen.

Herr Urbach antwortet, dass Maßnahmen gegen Angriffe auf Flüchtlingsheime in die Zuständigkeit der Polizei fallen. Der Innenminister habe dazu kürzlich auf einer Bürgermeisterkonferenz des Städte- und Gemeindebundes NRW mitgeteilt, dass die Polizei dazu angewiesen worden sei, im Gebiet der Erstaufnahmeeinrichtungen vermehrt Streife zu fahren. Derartige Geschehnisse habe es in Bergisch Gladbach bisher allerdings nicht gegeben. Gegen die Streuung von Gerüchten könne nicht

viel getan werden. Sobald ein derartiges Gerücht aufgekommen sei, habe er sich gemeinsam mit Frau Schlich über die Situation erkundigt und sie seien diesem gemeinsam entgegen getreten.

Herr Dr. Steffen: Anfrage zur Beleuchtungseinrichtung und Freifunk

Herr Dr. Steffen fragt, ob die geplanten Beleuchtungseinrichtungen zentral geschaltet werden und ob diese nachträglich auf Freifunkbetrieb umgerüstet werden können.

Herr Kremer antwortet, dass die Schaltung zentral sei, jedoch auch dezentral beeinflusst werden könne. Die Antwort bezüglich des Freifunks müsse nachgereicht werden.

Herr Jungbluth: Anfrage zur Verpachtung von Dachflächen

Herr Jungbluth fragt, ob die BELKAW eine Pacht für die Nutzung der Dachfläche auf der Radstation zahle und wenn ja, wie hoch diese sei. Zudem fragt er, wie hoch die Pacht der Nutzung anderer städtischer Dächer sei und ob es hierzu Richtlinien gebe.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Herr Schütz: Anfragen zur Flüchtlingsthematik und Kandidatur zur Bundestagswahl

Herr Schütz fragt, welche Rechtsgrundlage das Land Nordrhein-Westfalen für die Zuweisung in Erstaufnahmeeinrichtungen heranziehe.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage aus.

Herr Schütz führt zudem an, dass Herr Urbach in den Medien habe verlauten lassen, dass pro Flüchtling Unterbringungskosten in Höhe von knapp 1.000 Euro im Monat anfallen. Hochgerechnet seien das etwa 12 Millionen Euro im Jahr. Er fragt, ob dies zutreffend sei.

Herr Urbach bestätigt dies.

Herr Schütz fragt, ob aufgrund dieser Situation ein Nachtragshaushalt notwendig sei.

Herr Urbach antwortet, dass dies in diesem Jahr nicht der Fall sei. Allerdings müsse die Summe in der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2016/ 2017 berücksichtigt werden. Jedoch verändere sich auch die Landesförderung. In der Vergangenheit habe die Stadt pro Flüchtling ca. 7.500 Euro erhalten. Dieser Betrag sei für 2015 auf den Stichtag 01.01.2014 bezogen gewesen. Dies sei mit dem dritten Nachtragshaushalt insofern verbessert worden, als das der Stichtag für das Jahr 2015 nun der 01.01.2015 sei. Trotzdem reiche die Summe nicht aus, da zu diesem Zeitpunkt knapp 450 Flüchtlinge in Bergisch Gladbach gewesen seien. Zum heutigen Zeitpunkt seien aber schon ca. 900 Menschen in Bergisch Gladbach untergebracht. Die Kosten seien vom Städte- und Gemeindebund festgesetzt worden, befinden sich jedoch in stetiger Veränderung. So seien bezogen auf die Unterbringung keine kostengünstigen Lösungen mehr ersichtlich.

Herr Schütz fragt, ob es zutreffend sei, dass der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen die Bürgermeister mit der Bitte angeschrieben habe, Personal für die Bearbeitung der Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Herr Urbach bestätigt dies. Es sei ein Schreiben mit der Bitte um Prüfung eingegangen, ob entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden könne. Aufgrund der geringen Personaldecke sei dies nur auf begrenzte Zustimmung getroffen. Nichtsdestotrotz seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung über den Sachverhalt informiert. Sofern Interesse bestehe und dienstliche

Belange nicht entgegenstehen, können Freiwillige eine entsprechende Meldung abgeben. Diesbezüglich erstatte das Land Nordrhein-Westfalen die vollen Kosten.

Herr Ebert ergänzt, dass bei der Landesverwaltung dieselbe Situation bestehe.

Herr Schütz fragt, ob 2018 eine neue Bürgermeisterwahl durchgeführt werden müsse. Da Herr Urbach zuletzt des Öfteren in den Medien präsent gewesen sei und Herr Bosbach möglicherweise nicht mehr zur Bundestagswahl 2017 antreten werde, liege dieser Verdacht nahe.

Herr Urbach antwortet, dass Herr Bosbach der beste Bundestagsabgeordnete Deutschlands sei und es gut vorstellbar sei, dass dieser erneut zur nächsten Bundestagswahl antrete. Er selbst sei bis 2020 gewählt worden und fühle sich im Rheinisch-Bergischen Kreis und speziell in Bergisch Gladbach sehr wohl.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Sachstand zum Handyparken

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wie der Sachstand bzgl. des Handyparkens sei. Die Stadt Köln arbeite diesbezüglich mit sechs Anbietern zusammen. Eine Umsetzung des Verfahrens diene der Praktikabilität. Womöglich können diesbezüglich auch Informationen bei der Stadt Köln eingeholt werden.

Herr Schmickler antwortet, dass es im letzten Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr eine mündliche Mitteilung hierzu gegeben habe. Die Thematik werde sich aufgrund datenschutzrechtlicher Probleme verzögern. Hierzu müsse ein Gutachten zur Prüfung angefertigt werden.

Herr Außendorf: Anfrage zur Umsetzung von Beschlüssen bzgl. Geschwindigkeitskontrollen

Herr führt an, der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr habe beschlossen, dass zwischen Mai und September an mindestens zehn Wochenenden Verkehrskontrollen im Bereich der Diepeschrather und Saaler Mühle durchgeführt werden sollen. In der letzten Ausschusssitzung sei auf Nachfrage erklärt worden, dass tatsächlich jedoch keine Kontrollen stattgefunden haben. Er fragt, warum der Beschluss nicht umgesetzt worden sei.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Dies sei allerdings verwunderlich, da er Bürgerbeschwerden über vermehrte Kontrollen an der Diepeschrather Mühle erhalten habe.

Herr Komenda: Anfragen zu Auswirkungen der Nichtigkeit eines B-Plans und Wohnbebauung in der Nähe eines Gewerbegebiets

Herr Komenda fragt, ob die Nichtigkeit des B-Plans „Tannenbergstraße“ Auswirkungen auf die Baufortschritte der Maßnahmen betreffend die Buchholzstraße, welche für das Frühjahr 2016 anvisiert gewesen seien, habe. Zudem führt er an, dass im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss beschlossen worden sei, dass der Industrieweg weiterhin als Gewerbegebiet bestehen bleibe. Nun sei dort – am Industrieweg 1 - ein großer Wohnkomplex gebaut werden, welcher nicht mehr im B-Planbereich liege. Es sei einem der Gewerbetreibenden daraufhin seitens der Verwaltung mitgeteilt worden, dass die Lärmimmission nun zu hoch seien, da Wohnbebauung angrenze. Es könne nicht sein, dass der Ausschuss ein Gewerbegebiet beschließe, die Firmen gleichzeitig aber keinen Bestandsschutz erhalten. Jene Firma habe – auf eigene Kosten - einen Teil ihrer Gerätschaften auf die der Wohnbebauung abwendige Seite schaffen müssen. Trotzdem sei keine schriftliche Bestands- und Immissionsbestätigung beim Gewerbebetrieb eingegangen. Dies führe dazu, dass es dort Existenzängste gebe.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Herr Klein: Anfragen zur Situation der Betreuungsangebote im Rahmen der Flüchtlingssituation und Untersuchungen bei Erstaufnahmen

Herr Klein erklärt, dass die Platzsituation in den Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen derzeit sehr angespannt sei. Er fragt, wie sich die Situation darstelle, wenn auch noch die Flüchtlingskinder hinzukommen. Da sich die Situation dann noch schwieriger darstelle, stelle sich die Frage, ob die Stadt Bergisch Gladbach hierfür ein gemeinsames Konzept mit den Trägern ausgearbeitet habe. Im Bereich der Offenen Ganztagschulen sei das Platzproblem mit den fehlenden Räumlichkeiten zu begründen. Es müssen daher in Neubauten oder bestehende Gebäude investiert werden. Er fragt, ob dies bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werde. Zudem fragt er, ob bei den durchgeführten Untersuchungen während der Erstaufnahme auch ausreichend medizinische Möglichkeiten gegeben seien, so dass im Falle von schwerwiegenden oder ansteckenden Krankheiten sofortige Behandlungsmethoden durchgeführt werden können.

Herr Urbach sagt bezüglich der ersten Frage eine schriftliche Beantwortung zu. Die medizinischen Möglichkeiten seien vorhanden. So sei sichergestellt worden, dass ein Untersuchungsbus bei den Erstaufnahmeeinrichtungen bereit stehe und entsprechende Maßnahmen getroffen werden können. Es seien während der Untersuchungen auch Krankheiten festgestellt worden, deren Behandlung dann entsprechend eingeleitet worden seien.

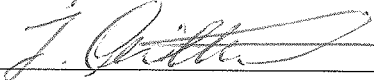
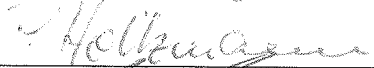
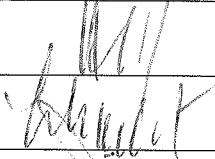
Herr Samirae: Anfrage zur Wendefläche am S-Bahnhof

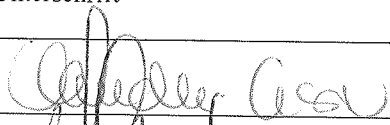
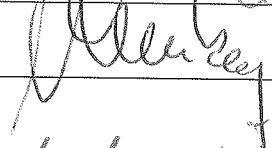
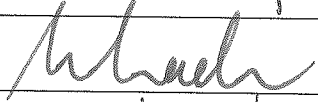
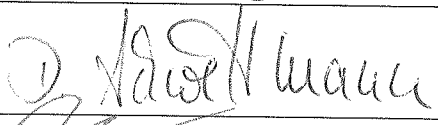
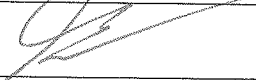
Herr Samirae fragt, wie der Sachstand zur Wendefläche der Busse am Bahnhof sei. Durch den Bau der Radstation haben diese nicht ausreichend Platz zum Wenden, so dass es hier zu Schäden an den Fahrzeugen komme.

Herr Urbach antwortet, dass die Verwaltung nach entsprechenden Hinweisen tätig geworden sei. An einer dauerhaften Lösung werde derzeit gearbeitet, die Gespräche hierüber laufen derzeit noch. Es handele sich auch um eine Kostenfrage.

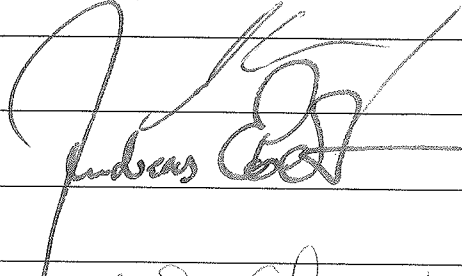
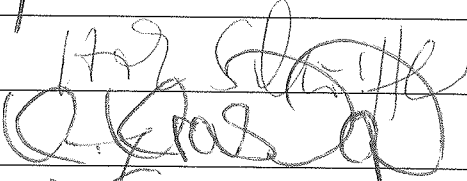
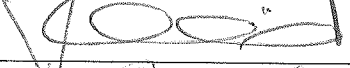
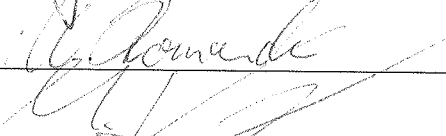
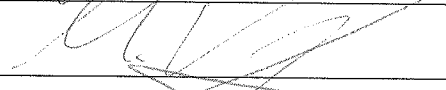
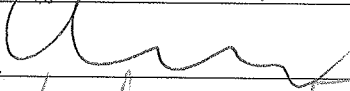
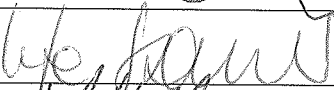
Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:20 Uhr.

Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

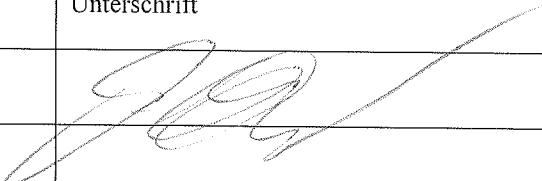
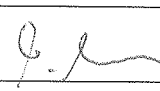
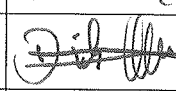
Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Mömkes, Peter		
Willnecker, Josef		
Lehnert, Elke		
Höring, Lennart		
Haasbach, Hans-Josef		
Holtzmann, Petra		
Dr. Metten, Michael		
Buchen, Christian	ab 17 ¹⁵	
Bischoff, Birgit		
Henkel, Harald		
Schacht, Rolf Dieter		
Pick, Rudolf		
Münzer, Mechthildis		
Kraus, Robert Martin	ab 17 ⁰⁹	
Dr. Bernhauser, Johannes		
Schlaghecken, Friedhelm		
Wagner, Hermann-Josef		
Bilo, Angelika		
Maas, Karl Adolf		
Kühl, Manfred		

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Casper, Claudia		
De Lamboy, Bernd		
Renneberg, Oliver		
Schade, Lutz		
Heidberg- Schwettmann, Diana		
Voßler, Alexander		

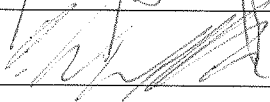
Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Dresbach, Erich		
Ebert, Andreas		
Galley, Thomas		
Holz-Schöttler, Brigitte		
Krasniqi, Kastriot		
Kleine, Nikolaus		
Komenda, Mirko		
Kreutz, Marcel		
Nasshoven-Kroelling, Vanessa	17.15	
Neu, Gerhard		
Orth, Klaus		
Stauer, Ute		
Waldschmidt, Klaus W.		
Winkels, Berit		
Zalfen, Michael		

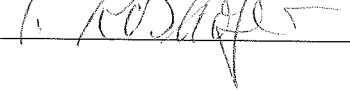
Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Dr. Baemle-Courth, Peter		
Bähner, Sarah		
Scheerer, Anna Maria		A.M. Scheerer
Außendorf, Maik		
Schundau, Edeltraud		E. Schundau
Meinhardt, Theresia		
Dr. Steffen, Ulrich		Ulrich Steffen
Steinbüchel, Dirk		Dirk 
Dr. Rüdig, Cornelia		C. Rüdig
Weber, Dirk		Dirk Weber

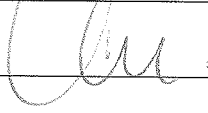
Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Jungbluth, Torsten		
Heuser, Wolfgang		
Wuttke, Oliver		

Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Krell, Jörg		
Glamann-Krüger, Annette		
Koshofer, Ingrid		

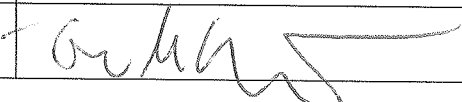
Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Klein, Thomas		
Misini, Lucie		

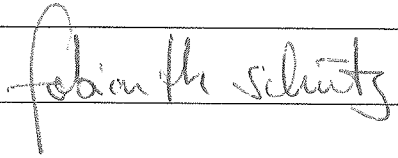
Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Samirae, Frank		

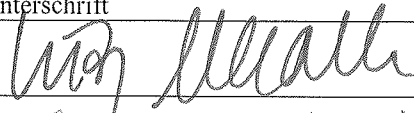
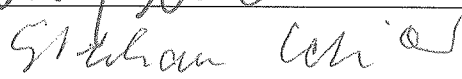
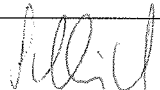
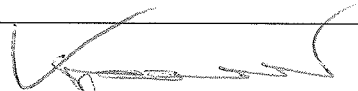
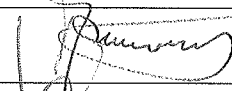
Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Santillán, Tomás M.		

Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	von/bis (Uhrzeit) / Beratungspunkt	Unterschrift
Schütz, Fabian		

Gremium Rat	Tag der Sitzung 08.09.2015	Ort der Sitzung Ratssaal Rathaus Bensberg	Dauer der Sitzung
-----------------------	--------------------------------------	--	-------------------

Name, Vorname	Unterschrift
Urbach, Lutz Bürgermeister	
Schmickler, Stephan Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter	
Mumdey, Jürgen Beigeordneter/Stadtkämmerer	
Wilhelm, Frank Leiter Fachbereich 1	
Schäfer, Harald Leiter Fachbereich 2	
Widdenhöfer, Peter Leiter Fachbereich 3	
Rockenberg, Dettlef Leiter Fachbereich 4	
Schlich, Beate Leiterin Fachbereich 5	
Sprenger, Elisabeth Leiterin Fachbereich 6	
Kremer, Michael Leiter Fachbereich 7	
Martmann, Bernd Leiter Fachbereich 8	
N.N. <i>FRANCOIS, Alain</i> Leiter Rechnungsprüfung	
Fahner, Michaela Gleichstellungsbeauftragte	
Ruhe, Christian Fachbereich 1-14	

KOM.

Dienstag, 08.09.2015

Vermerk

**Zivilschutz - Warnung der Bevölkerung
Nachfragen im HFA am 03.09.2015 für die Ratssitzung am 08.09.2015**

Die Vorlage 0287/2015 wurde im HFA am 03.09.2015 beraten.
Es ergaben sich Fragen zu den Folgekosten, die im Rat am 08.09.2015 beantwortet werden sollen:

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Stromkosten | Die Sirenenanlagen werden an das städtische Stromnetz angeschlossen und verbrauchen im Ruhezustand keinen Strom. Lediglich bei einer Alarmierung oder ggf. bei Probealarmen wird Strom durch die Anlage fließen. Dieser Verbrauch ist aber verschwindend gering und kann vernachlässigt werden. |
| 2. Abschreibung | Eine Anlage kostet in der Anschaffung voraussichtlich 18.000 €. Da es sich um digitalisierte Anlagen handelt, können diese auf 30 Jahre abgeschrieben werden. Bei einer linearen Abschreibung ergibt sich ein jährlicher Aufwand von 600 € je Anlage. |
| 3. Gewährleistung | Eine neue Anlage unterliegt der zweijährigen Gewährleistung durch den Hersteller, sodass erst nach zwei Jahren evtl. Reparatur oder Wartungskosten anfallen. |
| 4. Wartungskosten | Die Wartungskosten nach 2 Jahren der Gewährleistung betragen inklusive Ersatzteile jährlich 360 € für jede Anlage. Diese Kosten wurden in der konsumtiven Planung ab dem Jahr 2016 berücksichtigt. |
| 5. Sach-, Personal- | kosten entstehen weder beim Rheinisch-Bergischen Kreis, noch bei der Stadt Bergisch Gladbach. |
| 6. Miete | Da die Sirenen ausschließlich auf städtischen Gebäuden errichtet werden sollen, entstehen auch keine Mietkosten. Dies wurde auch durch den Fachbereich 8 bestätigt. |

Frank Bodengesser

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

1

Anlage 1 zur Niederschrift: Teilnehmerverzeichnis

23

Anlage 2 zur Niederschrift: Ö 14 Betriebs- und Wartungskosten der Sirenen

35

Inhaltsverzeichnis

37